

Infodienst

Nachrichten aus Feuerwehr, Katastrophenschutz, Rettungsdienst und Krisenmanagement

Nummer 1 Jahrgang 2020

6. Februar 2020

Europäische Kommission und Innenministerium in konstruktivem Miteinander

(ID) Nachdem vor wenigen Wochen erst die neue EU-Kommission nach den Wahlen ihre Arbeit aufgenommen hat, setzt die Abteilung 6 „Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement“ ihre konstruktive Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe (GD ECHO) fort.



Dr. Felix Bloch (Mitte) mit Staatssekretär Wilfried Klenk MdL (rechts) und Abteilungsleiter Prof. Hermann Schröder (links)

Staatssekretär Wilfried Klenk MdL konnte dieser Tage mit Dr. Felix Bloch einen „guten alten Bekannten“ im Ministerium herzlich willkommen heißen. Dr. Felix Bloch gehörte schon dem Stab (Cabinet) des ausgeschiedenen Kommissars Christos Stylianides an, woraus zahlreiche Kontakte herrühren. Dessen Nachfolger Kommissar Janez Lenarčič vertraut Dr. Bloch nun als

Referatsleiter den Aufbau eines neuen Referats „Knowledge Network“ an. So standen in den jüngsten Gesprächen der verbesserte Informations- und Wissensaustausch zwischen den Bevölkerungsschützern der Mitgliedsstaaten im Mittelpunkt. Staatssekretär Klenk MdL unterstrich den Mehrwert eines breiten Austausches. Insbesondere das Knowledge Network werde sich

auf die Arbeit der Helferinnen und Helfer im Bevölkerungsschutz direkt positiv auswirken. Ob auf Wissensplattformen, durch länderübergreifende Übungen, gemeinsame Ausbildungsgänge, Spitzenforschung oder Austauschprogramme werden wir voneinander lernen und alle unseren Mehrwert aus der europäischen Gemeinschaft ziehen.

Dr. Bloch unterstrich die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den Ländern. Die Länder seien in Deutschland wichtige Player in der Gefahrenabwehr.

Ein weiteres Thema der Zusammenarbeit ist die europäische und weltweite Normung. Hier gilt es, unnötige und überzogene Standards zu vermeiden. Abteilung 6 vertritt hierbei auch die Interessen der Länder und des DFV.

Aber auch Themen, die quer über die Generaldirektionen hinweg in Brüssel das Ehrenamt berühren, will man künftig frühzeitig erkennen und Einfluss darauf nehmen.

Weitere Infos:
<https://ec.europa.eu/echo/>

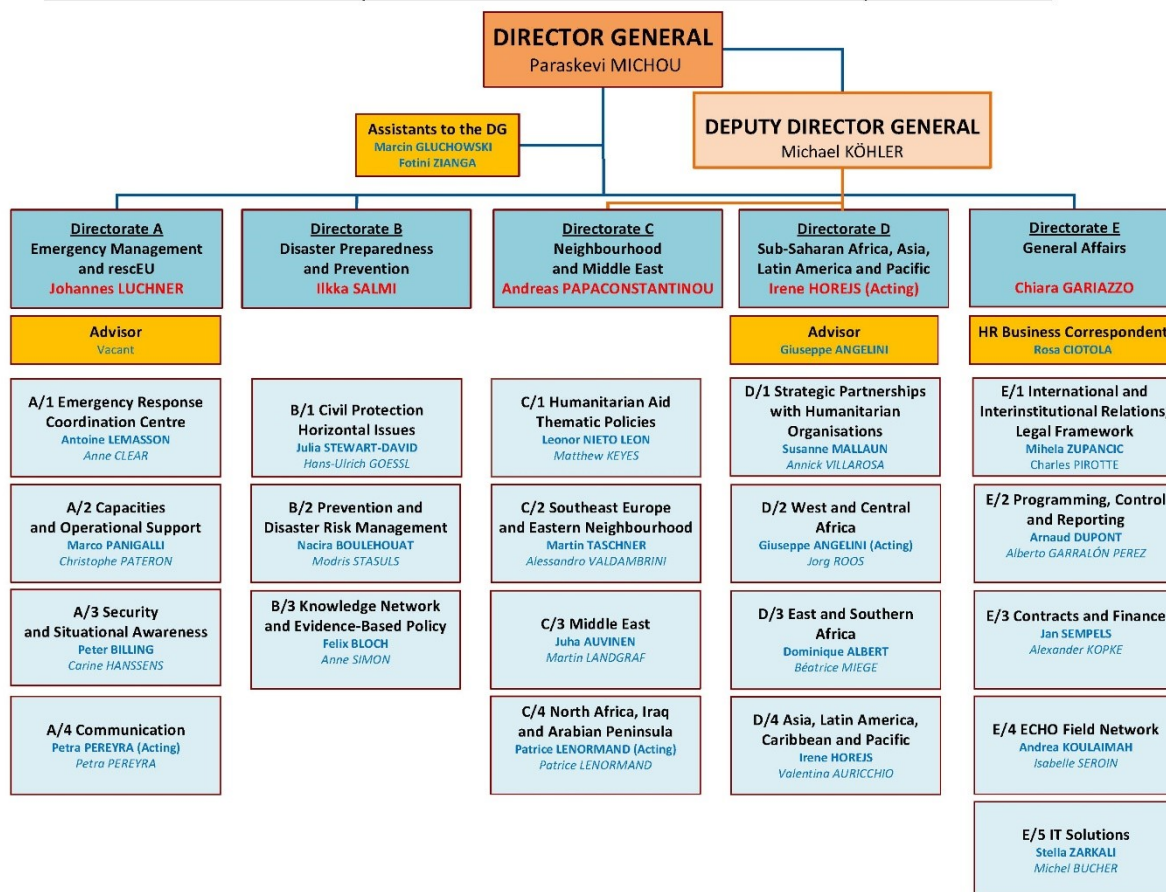
Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2



Impressionen der Besuche des damaligen EU-Kommissars Christos Stylianides in Kehl und Stuttgart



Directorate-General for European Civil Protection and Humanitarian Aid Operations (ECHO)



Quelle: ECHO



Start der EU-Kommission in ihre Amtszeit am 1. Dezember 2019

Janez Lenarčič wurde als Kommissar für Krisenmanagement vom Europäischen Parlament bestätigt. Sein Ressort ist damit beauftragt, eine schnelle und effiziente Reaktion auf Krisensituationen im In- und Ausland zu ermöglichen. Er steht der Generaldirektion für Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz (ECHO) vor.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat an jede EU-Kommissarin bzw. EU-Kommissar einen „Mission Letter“ gerichtet. Im Folgenden finden Sie einen Auszug der für den Bevölkerungsschutz zentralen Aufgabenbereiche von Janez Lenarčič:

Stärkung der Rolle des Zentrums für die Koordination von Notfallmaßnahmen (ERCC) als zentrale operative Drehscheibe für eine schnelle und wirksame Reaktion der EU auf ein breites Spektrum von Krisen vor Ort und in der ganzen Welt.

Weiterentwicklung des Zentrums für die Koordination von Notfallmaßnahmen mit dem Ziel, rasch und wirksam auf neue und aufkommende Bedrohungen reagieren zu können – auch auf Notfälle, die selten auftreten, aber gewaltige Auswirkungen haben und den Einsatz spezialisierter Kapazitäten erfordern.

Das volle Potential des kürzlich verbesserten EU-Katastrophenschutzverfahrens nutzen. Zu diesem Zweck die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten sicherstellen, damit die angemessene Menge und die richtige Art von Ressourcen für die Bekämpfung von Bränden, medizinische Notfälle und chemische, biologische und radiologische/nukleare Bedrohungen zur Verfügung stehen.

Zusammenarbeit mit anderen Kommissionsmitgliedern zur Entwicklung eines integrierten Ansatzes, der sicherstellt, dass die Politik in der humanitären Hilfe, Entwicklung und Sicherheit und in anderen Bereichen abgestimmt ist. Dies ist erforderlich, um die Leistung von Soforthilfe und längerfristiger Unterstützung in immer länger andauernden und schwe-

rerer Krisen besser miteinander zu verknüpfen und sicherzustellen.

Zusammenarbeit mit dem Hohen Vertreter/Vizepräsidenten, um sicherzustellen, dass die EU eine führende Rolle in humanitären Fragen im Rahmen der Vereinten Nationen und anderer internationaler Foren spielt. Europa muss ein starker globaler Akteur sein, der für das humanitäre Völkerrecht eintritt.

Den kompletten „Mission Letter“ finden Sie in englischer Sprache unter: https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/mission-letter-janez-lenaric_en.pdf



EU-Kommissar Janez Lenarčič
Bild: EU-Kommission



Verleihung des Bevölkerungsschutz-Ehrenzeichens 2019 an Dr. Lorenz Menz und Wechsel des DRK-Landesgeschäftsführers

(ID) Dr. Lorenz Menz vom Deutschen Roten Kreuz Landesverband Baden-Württemberg e.V. wurde am 7. Dezember 2019 mit dem Bevölkerungsschutz-Ehrenzeichen, der höchsten Auszeichnung im Bevölkerungsschutz, geehrt.

In seiner Laudatio betonte Staatssekretär Wilfried Klenk MdL die verschiedenen Stellen und Aufgaben, in denen sich Dr. Lorenz Menz in ganz besonderer Weise um den Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg verdient gemacht hat. „Für Sie stehen der Mensch und die gemeinschaftliche Zusammenarbeit, gerade im Ehrenamt, im Mittelpunkt Ihres Handelns. Sie haben immer über den Tellerrand geschaut und in großen Bezügen gedacht. Ihnen ist stets bewusst, dass ‚alles mit allem zusammenhängt‘ und Sie haben immer mit diplomatischem Geschick klug die Interessen des DRK

vertreten“, sagte Klenk. 16 Jahre lang habe Dr. Menz mit unglaublichem Geschick für das DRK gearbeitet und sein ganzes Wissen, sein breites Netzwerk und seine große Erfahrung im Umgang mit Politik, Verbänden oder den Medien in den Dienst des DRK gestellt.



Staatssekretär Wilfried Klenk MdL, Dr. Lorenz Menz und Barbara Bosch, Präsidentin des DRK-Landesverbands Baden-Württemberg (v.r.n.l.)

Die Verleihung des Bevölkerungsschutz-Ehrenzeichens erfolgte im Anschluss an die Landesausschusssitzung des DRK Landesverbands Baden-Württemberg e.V. im Rathaus in Stuttgart.

Staatssekretär Wilfried Klenk MdL sprach bei diesem Termin auch beim Abschied von DRK-Landesgeschäftsführer Hans Heinz in den Ruhestand und dankte ihm

für sein jahrzehntelanges Engagement und intensives Wirken für das Gemeinwohl in unserem Land. „Sie vermögen es wie wenige andere, organisationsübergreifend Menschen zusammenzubringen. Ihre besonnene, vernünftige, aber gleichzeitig auch anpackende Art hat Ihnen viel Respekt und Anerkennung eingebracht. Und das ganz zu Recht“, betonte der Staatssekretär.

Nachfolger von Hans Heinz als DRK-Landesgeschäftsführer ist seit Januar 2020 Marc Groß.



Der neue DRK-Landesgeschäftsführer Marc Groß, sein Vorgänger Hans Heinz und Präsidentin Barbara Bosch (v.l.n.r.)
Bild: DRK Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Wie läuft's? Digitalfunk in der Praxis am Beispiel der Gemeindefeuerwehr Brühl (Rhein-Neckar-Kreis)

(ID) Im Gespräch mit Marco Krupp (Kommandant der Feuerwehr Brühl, Eike Seidler und André Bruns (IUK-Beauftragte der Feuerwehr Brühl), Catharina Zelz (Öffentlichkeitsarbeit) sowie Kreisbrandmeister Udo Dentz und Jochen Moschir vom Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis konnte unser Referat 62 „Feuerwehr und Brandschutz“ die gewonnenen Erkenntnisse des dortigen Wirkbetriebs erfahren.

Die Freiwillige Feuerwehr Brühl hat aufgrund ihrer Lage besondere Herausforderungen bei ihrer Einsatzplanung zu berücksichtigen, berichtet Kommandant Marco Krupp. Zur Ortsgemarkung gehört die so genannte „Kollerinsel“. Sie ist eines der wenigen linksrheinischen Landesgebiete Baden-Württembergs und wird vom Altrhein und dem Rheinlauf umschlossen. Von baden-württembergischer Seite ist sie nur per Schiff über die Kollerfähre erreichbar. Deshalb sorgt primär die in Rheinland-Pfalz gelegene Gemeinde Otterstadt aufgrund einer interkommunalen Vereinbarung für den Brandschutz auf der Binneninsel. Nach der

Umstellung der rheinland-pfälzischen Feuerwehren auf Digitalfunk BOS war es den Verantwortlichen in Brühl wichtig, die Kommunikationsfähigkeit, insbesondere bei gemeinsamen Einsätzen auf dem Rhein, zu gewährleisten. Nachdem die Integrierte Leitstelle des Rhein-Neckar-Kreises in Ladenburg mit Digitalfunk ausgestattet war, wurden 2017 zunächst das Mehrzweckboot und der Einsatzleitwagen mit Digitalfunk ausgestattet. „Auch das HRT für den Einsatzleiter hat sich dabei schon bestens bewährt“, berichtet Kommandant Krupp. Die Kommunikation mit den rheinland-pfälzischen Kollegen und allen beteiligten BOS entspre-

chend dem gemeinsamen Rhein-Alarmplan wurde getestet und funktioniert über eine Sonderrufgruppe für die Zusammenarbeit aller BOS.

Im Jahr 2018 wurden die weiteren sechs Einsatzfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr Brühl ausgerüstet. Hierfür erhielt die Gemeinde eine Zuwendung aus Mitteln der Feuerschutzsteuer. Der technische Ausbau erfolgte durch ein Fachunternehmen und wurde vor Ort bei der Feuerwehr durchgeführt. „Das ging für uns überraschend gut“, bemerkt Kommandant Krupp. In

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 4





Kreisbrandmeister Udo Dentz, Andras Schmidt vom Referat 62 des Innenministeriums und Feuerwehrkommandant Marco Krupp (v.l.n.r.) begutachten das Aussenden und Quittieren von Statusmeldungen über den Digitalfunk BOS. Bild: Feuerwehr Brühl

einer Woche waren die Fahrzeuge umgebaut. Die Feuerwehr fährt entsprechend der Empfehlung des Innenministeriums derzeit im Parallelbetrieb analog/digital. Insbesondere weil noch nicht alle angrenzenden Feuerwehren so weit sind. Ein paar Kleinigkeiten sind beim Einbau aber zu beachten. Die für Funk zuständigen Kameraden Eike Seidler und André Bruns erläutern als Beispiel, dass sie ursprünglich die Lautsprecher für den Mannschafts-

raum über den Handapparat angeschlossen hatten. Beim Abnehmen des Handapparats aus der Halterung wurde dadurch der Lautsprecher stumm geschaltet. Nun werden die Lautsprecher direkt angefahren, um den mitfahrenden Kameraden jederzeit das Mithören zu ermöglichen. Auch das Auspegeln der Sprachübertragung bedarf besonderer Aufmerksamkeit und technischem Sachverstand, da Einstellungen in der Programmierung

angepasst werden müssen.

Die Feuerwehrangehörigen aus Brühl bestätigen, dass die kurze Wartezeit beim Aufbau eines Funkgesprächs zunächst gewöhnungsbedürftig ist. Ansonsten haben sich die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Brühl zwischenzeitlich gut eingewöhnt. Eike Seidler und André Bruns, haben für die Bedienung der Funkgeräte einfache und kompakte Taschenkarten entwickelt. Sie wünschen sich zwischenzeitlich eine noch breitere Nutzung des Digitalfunks: „Wir könnten uns eine stärkere Nutzung des Einzelrufs und von SDS (Anm.: Kurzmitteilungen) gut vorstellen.“

Das Landratsamt unterstützt die Feuerwehren bei der Digitalfunknutzung durch entsprechende Schulungen vor Ort. „Dafür verwenden wir die von der Landesfeuerwehrschule erstellten Präsentationen“, ergänzen Kreisbrandmeister Udo Dentz und Jochen Moschir vom Landratsamt. Die Präsentationen sind Bestandteil der Multiplikatorenschulungen, die den Stadt- und Landkreisen von der Landesfeuerwehrschule angeboten werden. Kritische Fragen gibt es bei den Schulungen durchaus. Aber die umfassende Information und Schulung schafft Vertrauen und baut Vorbehalte ab, sind die beiden überzeugt.

Landespolizeipräsidentin Dr. Stefanie Hinz ins Amt eingeführt

(ID) Bei einem Festakt am 13. Januar 2020 im Innenministerium in Stuttgart wurde Dr. Stefanie Hinz von Innenminister Thomas Strobl offiziell in ihr neues Amt als Landespolizeipräsidentin eingeführt.

„Dr. Stefanie Hinz verfügt über eine herausragende Expertise in der öffentlichen Verwaltung. In ihren bisherigen Führungsfunktionen hat sie stets ein Höchstmaß an Umsicht und Weitblick bewiesen, was sie für das Amt der Landespolizeipräsidentin geradezu prädestiniert. Der sprichwörtliche ‚Blick über den Tellerrand‘ hat die Arbeit von Dr. Hinz in ihren bisherigen Führungsfunktionen geprägt. Angesichts von immer globaleren Bedrohungen unserer Sicherheit, sind diese Fähigkeiten als Landespolizeipräsidentin Gold wert“, betonte Innenminister Thomas Strobl bei der offiziellen Amtseinführung.

Im Beisein zahlreicher Gäste aus Politik, Polizei, Behörden und Hilfsorganisationen wurde Dr. Stefanie Hinz von Innenminister Thomas Strobl offiziell in

ihr neues Amt an der Spitze der Landespolizei eingeführt. Zuletzt war Dr. Stefanie Hinz als Abteilungsleiterin im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau für die Bereiche Strategie, Recht, Europa und Außenwirtschaft zuständig. Sie tritt die Nachfolge von Gerhard Klotter an, der zum Ablauf des vergangenen Jahres in den Ruhestand eingetreten war. Als Landespolizeipräsidentin ist Dr. Hinz verantwortlich für rund 33.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei Baden-Württemberg.

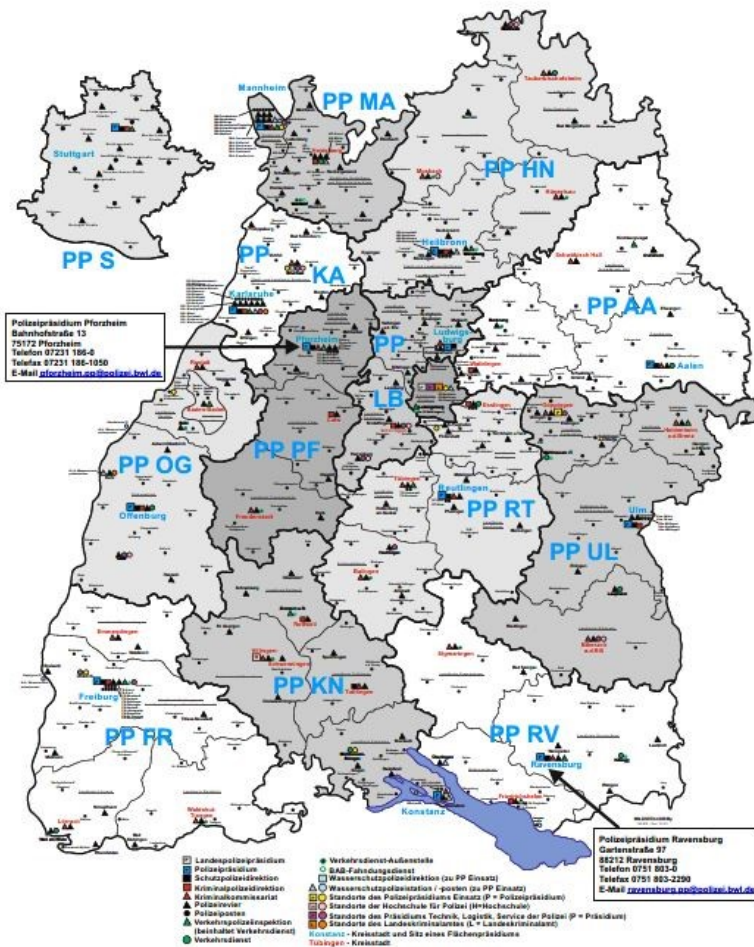


Innenminister Thomas Strobl mit der neuen Landespolizeipräsidentin Dr. Stefanie Hinz. Bild: Steffen Schmid

Abteilung 6 gratuliert Frau Dr. Hinz und wünscht ihr allzeit ein erfolgreiches Wirken!



Die Polizei in Baden-Württemberg im Jahr 2020



Neue Polizeistruktur im Land

(ID) Nach der Evaluation der Polizeistrukturreform 2014 wurden zum 1. Januar 2020 umfassende organisatorische und strukturelle Maßnahmen bei der Polizei Baden-Württemberg umgesetzt.

So erhöhte sich die Zahl der regionalen Polizeipräsidien im Land von zwölf auf 13: Die Polizeipräsidien Pforzheim und Ravensburg wurden neu eingerichtet und das Polizeipräsidium Tuttlingen aufgelöst. Die regionalen Zuschnitte der Polizeipräsidien Karlsruhe, Konstanz und Reutlingen wurden angepasst.

Gleichzeitig wurden landesweit die internen Strukturen in den Präsidien verbessert, indem die verkehrs- und allgemeinpolizeilichen Aufgaben unter dem Dach einer neuen „Schutzpolizeidirektion“ gebündelt wurden. Die Schutzpolizeidirektion wird somit, neben der Kriminalpolizeidirektion, künftig eine von zwei tragenden Säulen eines jeden regionalen Polizeipräsidiums in Baden-Württemberg.

Quelle: Polizei Baden-Württemberg

LÜKEX 21-Vorbereitung in Baden-Württemberg schreitet weiter voran – Ministerien und Regierungspräsidien informieren sich aus erster Hand

(ID) Wie bereits im Infodienst 11/2019 berichtet, wird das Land Baden-Württemberg an der LÜKEX 21 aktiv teilnehmen. Angestrebt wird dabei wie bei der LÜKEX 18 eine breite Beteiligung der Ressorts und Regierungspräsidien. Am 27. Januar 2020 fand hierzu im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration eine Informationsveranstaltung von Referat 65 „Krisenmanagement“ statt. Vertreten waren allen Ministerien und die vier Regierungspräsidien, um sich aus erster Hand über Übungsinhalt, Übungsablauf und eine mögliche Übungsbeteiligung zu informieren.

Thema Cyberangriffe

Thema der LÜKEX 21 sind Cyberangriffe mit dem Ziel, staatliche Stellen in ihrer Handlungsfähigkeit zu stören und das Regierungshandeln zu beeinträchtigen. Dass sich die anstehende LÜKEX mit einer Cyberlage beschäftigt, geht maßgeblich auf die Initiative von Innenminister Thomas Strobl zurück, der das Thema gemeinsam mit seinem niedersächsischen Kollegen in die Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) eingebracht hat.

Referent aus dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik

Wie aktuell und für alle gesellschaftlichen Bereiche relevant das Thema ist, verdeutlichte Dr. Harald Niggemann

vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik in seinem Impulsvortrag. Er verwies darauf, dass durch die zunehmende Digitalisierung staatliche und nichtstaatliche Stellen fortlaufend Ziel von Angriffen seien, und zeigte auf, wie und warum sie alle jederzeit Opfer



Abteilungsleiter Prof. Hermann Schröder (links), Dr. Harald Niggemann vom BSI (Mitte) sowie (v.l.n.r.) Hilde Beyerbach, Dr. Christian Kohl, Michael Willms und Sabine Fohler vom Referat 65 „Krisenmanagement“

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 6



werden können.

Praxistest für Cybersicherheits- und Krisenmanagement-Strukturen

In der eineinhalb Jahre dauernden Vorbereitungsphase zur LÜKEX 21 haben Ressorts und Regierungspräsidien die Möglichkeit, ihre Cybersicherheitsstrukturen und -prozesse zu überprüfen und weiter zu optimieren. An den Übungstagen können die vorgesehenen Mechanismen und Strukturen in einem fiktiven Szenario einem Praxistest unterzogen und das Zusammenwirken von Krisenmanagement und den für Informationssicherheit und Cybersicherheit zuständigen Stellen beübt werden. Die LÜKEX 21 bietet damit einen hervorragenden Rahmen, um die Handlungsfähigkeit der Landesverwaltung in Krisensituationen weiter zu stärken.

Gemeinsamer Übungsrahmen, individuelles Drehbuch

Gemeinsam mit den Referaten 55 „IT-Sicherheit“ und 72 „Digitalisierungsstrategie und Cybersicherheit“ des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration hat das Referat 65 „Krisenmanagement“ auf der Basis des bundeseinheitlichen Grobszenarios Übungsziele und Schwerpunkte für Baden-Württemberg erarbeitet. Auf



Dr. Harald Niggemann vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik bei seinem Vortrag im Konferenzsaal des Innenministeriums-

dieser Grundlage können die mitübenden Stellen mit Unterstützung des Referats 65 in den nächsten Monaten passgenau für ihren Zuständigkeitsbereich individuelle Schwerpunkte und Drehbuchinhalte entwickeln.

Ein weiterer Übungsschwerpunkt wird wie bei der LÜKEX 18 eine abgestimmte Krisenkommunikation sein. Neben den klassischen Medien sollen dabei auch die sozialen Medien eine Rolle spielen. Hierzu wird das VOSTbw wieder in die Übung eingebunden werden.

Termine

Die beiden Hauptübungstage sind der 5. und 6. Mai 2021. Die bis dahin verbleibende Zeit dient sowohl der Übungsvorbereitung als auch den Üben zur intensiven Befassung mit dem Thema und zur Vernetzung untereinander. Dementsprechend dienen nicht nur die beiden Hauptübungstage, sondern bereits die Vorbereitungsphase dem Erkenntnisgewinn und der Optimierung vorhandener Strukturen.

Informationsveranstaltung „Pilotübung Notfallstation“

(ID) Am 4. Dezember 2019 fand an der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal die Informationsveranstaltung „Pilotübung Notfallstation“ statt. Durchgeführt wurde die Veranstaltung von der Arbeitsgemeinschaft Notfallstation Rhein-Neckar-Odenwald (AG RNO), bestehend aus dem Neckar-Odenwald-Kreis, dem Rhein-Neckar-Kreis sowie den Städten Heidelberg und Mannheim. Die AG RNO hatte mit Unterstützung des Regierungspräsidiums Karlsruhe am 13. April 2019 in Wiesloch die „Pilotübung Notfallstation“ organisiert und umgesetzt. Der Aufbau und der Betrieb einer Notfallstation kann im Falle eines kerntechnischen Unfalls notwendig werden. Sie dient als Anlaufstelle für die Bevölkerung, die dort informiert, beraten und gegebenenfalls dekontaminiert werden kann.



v.l.n.r.: Detlev Ackermann (FF MOS), Manuel Losch (LFS), Frank Karlein (HD), Thomas Ackermann (RPK), Bianca Dehoust (RNK), Nicole Tettweiler (MA), Matthias Splett (RNK), Birgit Kritter (RNK), Mareike Guschl (NOK), Daniel Kößler (RPK), Udo Dentz (RNK)

Bild: LFS

Zu der Informationsveranstaltung waren Vertreter der Katastrophenschutzbehörden aus ganz Baden-Württemberg eingeladen. Als bundesweit erste Übung, die nach den neuen Vorgaben der Strahlenschutzkommission und den von der Innenministerkonferenz beschlossenen Rahmenempfehlungen für den Aufbau und den Betrieb von Not-

fallstationen durchgeführt wurde, war das Interesse an der Übung selbst, aber auch an der Informationsveranstaltung entsprechend groß. So fanden rund 80 Gäste den Weg nach Bruchsal.

Nach der Begrüßung durch den Leiter des Fachbereiches Großschadenslagen, Katastrophenschutz und Führungsunterstützung Dr. Martin Reiter (LFS) und einer Einführung in das Thema „Notfallstationen“ durch den Leitenden Ministerialrat Stefan Gläser (IM) erfolgte durch Bezirksbrandmeister Jürgen Link (RPK) und Kreisbrandmeister Udo Dentz (RNK) die Vorstellung der Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar-Odenwald.

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 7



Inhaltlich wurden neben der Arbeitsweise der Arbeitsgemeinschaft, den Kriterien für eine Objektauswahl und der Vorstellung der beteiligten Hilfsorganisationen auch die Rahmenbedingungen für die Übung sowie die besonderen Herausforderungen am Übungstag dargelegt. Besonderes Interesse weckte die Vorstellung eines während der Übung gedrehten Lehrfilms. Dieser zeigt auf sehr anschauliche Art und Weise, wie in Wiesloch der Durchlauf durch eine Notfallstation und damit die Umsetzung der theoretischen Vorgaben in die Praxis erfolgte. Der Lehrfilm und alle weiteren planungsrelevanten Unterlagen wurden den Teilnehmern im Anschluss mittels Downloadlink zur Verfügung gestellt.

Übereinstimmend lobten alle beteiligten Gebietskörperschaften den interdisziplinären Ansatz der Rahmenempfehlung Notfallstation und die, als Ergebnis der Übungsvorbereitung, gestärkte interkommunale Zusammenarbeit und den daraus resultierenden Nutzen auch für andere Einsatzlagen.

Von dieser Aufbereitung können die nun anstehenden Planungen im übrigen Land profitieren. Dies zeigte sich auch in dem durchweg positiven Feedback der Veranstaltungsteilnehmer, welche der AG RNO ihren Dank für die Durchführung der Veranstaltung aussprachen.



Die Zusammenstellung der Unterlagen der Übungsvorbereitenden Arbeitsgemeinschaft Notfallstation Rheinland-Pfalz kann über die Elektronische Lagedarstellung Bevölkerungsschutz (ELD-BS) unter dem Pfad „Zusatzinformationen/Geschäftsbereich Innenministerium/Referat 64-Katastrophenschutz/Notfallstationen-Info-Veranstaltung“ abgerufen werden.



Anhörung im Innenausschuss des Deutschen Bundestages – Neue Herausforderungen für den Zivil- und Katastrophenschutz in Deutschland

(ID) Am 13. Januar fand im Innenausschuss des Bundestages eine Expertenanhörung zum Zivil- und Katastrophenschutz in Deutschland statt. Sieben Sachverständige waren geladen, um den Abgeordneten ihre Ansichten darzulegen und auf zukünftige Herausforderungen hinzuweisen.



Bild: Pixabay

Die Experten identifizierten den Klimawandel, mögliche Cyber-Attacken und die weltweiten Migrationsbewegungen

als neue Herausforderungen für den Zivil- und Katastrophenschutz. Die Infrastruktur zur Abwehr von Gefahren für die Bevölkerung sei in Deutschland insgesamt gut aufgestellt. In einigen Bereichen gebe es jedoch Handlungs- und Nachholbedarf, beispielsweise bei der Abwehr einer möglichen Pandemie oder bei der Bedrohung durch ABC-Waffen.

Auch unser ehemaliger Landesbranddirektor, Dr. Karsten Homrighausen, seit 1. August 2018 Landesbranddirektor der Berliner Feuerwehr, war als Sachverständiger geladen. Sein Statement bei der Anhörung aus der Dokumentation des Deutschen Bundestags: „*[Er] beklagte eine ‚Vollkasko-Mentalität‘ in Teilen der Gesellschaft. Schon bei der ‚erstbesten Störung‘*

ertöne der Ruf nach dem Staat. Dagegen seien die Eigenverantwortung und die ‚Selbsthilfefähigkeit‘ der Menschen stärker zu betonen und einzufordern. Der Staat allein könne nicht alle erforderlichen Maßnahmen treffen. Auf ‚Störungen‘ vorbereitet zu sein, sei auch die Verantwortung jedes Einzelnen. Um diesen Gesichtspunkt stärker ins Bewusstsein zu heben, bedürfe es eines ‚gesellschaftlichen Dialogs‘. Als großes Problem der Einsatzkräfte nannte Homrighausen die Nachwuchsgewinnung.“

Die Ergebnisse der Expertenanhörung und die Statements aller geladenen Sachverständigen finden Sie auf der Homepage des Deutschen Bundestages unter <https://kurzelinks.de/sihb>.

Neuartiges Coronavirus 2019-nCoV – Baden-Württemberg ist gut gerüstet!

(ID) Seit Ende 2019 treten in China gehäuft Lungenentzündungen auf. Krankheitsursache ist ein neuartiges Coronavirus (2019-nCoV), das wie das SARS-Virus zu den beta-Coronaviren gehört. Ausgangspunkt des Virus ist vermutlich ein Tiermarkt in der chinesischen Stadt Wuhan (Provinz Hubei).

Informationen zu 2019-nCoV

Die Symptome der durch das neuartige Coronavirus ausgelösten Lungenkrankheit sind Fieber, trockener Husten, Abgeschlagenheit und Atemnot. Die oberen Atemwege sind kaum betroffen.

Während man zunächst davon aus-

ging, dass das Virus nicht von Mensch zu Mensch übertragen wird, ist inzwischen eine fortgesetzte Mensch-zu-Mensch-Übertragung über bis zu vier Generationen von Fällen hinweg beschrieben. Das Virus wird über Tröpfchen, aber auch über das Verdauungssystem übertragen. Besonders tückisch ist, dass Infizierte schon in der

Inkubationszeit ansteckend sind, ohne Symptome zu zeigen. Die Inkubationszeit beträgt zwei bis 14 Tage.

Die WHO rät zu erhöhten Vorsichtsmaßnahmen, z. B. engen Kontakt zu Personen mit akuten Atemwegsinfektionen meiden und auf Handhygiene achten.

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 8



Verbreitung

Am 6. Februar 2020 waren mehr als 28.000 bestätigte Infektionen bekannt (28.018 in China, rund 240 weltweit). Die Zahl der Todesopfer lag bei 563. Außerhalb Chinas waren bisher zwei Todesfälle zu beklagen (Philippinen und Hongkong).

Neben China sind inzwischen 24 weitere Länder betroffen. In Europa sind dies Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Spanien, Belgien und Schweden.

In Deutschland gibt es derzeit 13 bestätigte Fälle. Elf dieser Fälle stehen in Zusammenhang mit einem Autozulieferer in Bayern, wo eine mit dem Virus infizierte Mitarbeiterin aus China an einem Workshop teilgenommen hat, bevor sie Symptome der Krankheit entwickelt hat. Zwei Erkrankte kamen mit dem Rückflug der Bundesregierung aus Wuhan nach Deutschland zurück.

Aus Baden-Württemberg wurden bisher keine Verdachtsfälle nach der Definition des Robert-Koch-Instituts gemeldet, d. h. Aufenthalt im Risikogebiet in China oder Kontakt zu einem bestätigten Fall und Hinweise auf eine Infektion der unteren Atemwege. Es laufen einige labordiagnostische Untersuchungen, also „Fälle zur Abklärung“, beispielsweise von Personen, die in

der Provinz Hubei waren, aber keine Krankheitssymptome aufweisen.

Maßnahmen des Innenministeriums

Unser Referat 65 „Krisenmanagement“ beobachtet in enger Abstimmung mit dem zuständigen Sozialministerium die Lage und führt eine Lagedarstellung als Grundlage für gegebenenfalls künftig mögliche Befassungen im Interministeriellen Verwaltungstab. Zudem koordiniert das Referat die entsprechenden Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums. So wurden in Abstimmung mit dem Sozialministerium aktuelle Informationen an alle Integrierte Leitstellen, den Rettungsdienst und die Feuerwehren sowie die Polizeidienststellen gesteuert, damit sich die Einsatzkräfte vor Ort auf Verdachtsfälle vorbereiten können und Hinweise auf geeignete Schutzmaßnahmen bekommen.

Mit den größeren Flughäfen in Baden-Württemberg wurden Maßnahmen zur Information der Reisenden abgeklärt. Über den Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn AG wurde darüber hinaus angeregt, Reisenden-Informationen auch an entsprechenden Bahnhöfen in Baden-Württemberg zur Verfügung zu stellen. Das vom Robert-Koch-Institut entwickelte Plakat zur Information von Reiserückkehrern aus China wird so beispielsweise an

den Flughäfen Stuttgart, Friedrichshafen und Karlsruhe/Baden-Baden und an den Bahnhöfen Stuttgart Flughafen/Messe, Friedrichshafen Flughafen, Karlsruhe Hbf. und Baden-Baden eingesetzt, um auch Reisende, die vom Flugzeug auf die Bahn umsteigen, entsprechend zu informieren. Das dreisprachige Plakat finden Sie unter <https://kurzelinks.de/wdid>.

Um die Reaktionen und Stimmungen in der Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Auftreten des Virus in den Sozialen Netzwerken niederschwellig zu beobachten, wurde das Virtual Operations Support Team Baden-Württemberg (VOSTbw) zunächst in kleiner Besetzung aktiviert.

Einsatz baden-württembergischer Kräfte

Der DRK-Landesverband Baden-Württemberg e.V. unterstützt im Zusammenhang mit dem Rück-



Weitere Informationen zu 2019-nCoV

Informationen und eine Einschätzung der aktuellen Lage für Baden-Württemberg auf der Homepage des Sozialministeriums:

<https://kurzelinks.de/n3b7>

Antworten auf häufig gestellte Fragen auf den Seiten der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung:

<https://kurzelinks.de/js9m>

Umfangreiche Informationen auf der Homepage des Robert-Koch-Instituts (RKI):

<https://kurzelinks.de/olcv>

Empfehlungen des RKI für die Hygienemaßnahmen und Infektionskontrolle bei Patienten:

<https://kurzelinks.de/p3oc>

holflug aus Wuhan den vom Generalsekretariat koordinierten DRK-Einsatz in Gernersheim. So wird in Gernersheim ein im K-Lager des DRK-BW in Kirchheim/Teck stationierter I-KTW sowie ein weiterer I-KTW aus Rheinland-Pfalz besetzt. Die MMVE (Mobile Versorgungseinheit) wurde ebenfalls nach Gernersheim verlegt. Aktuell sind Helfer des DRK-Landesverbandes aus dem Kreisverband Nürtingen/Kirchheim und aus dem Kreisverband Esslingen im Einsatz.

Die Feuerwehr Karlsruhe unterstützt die Einsatzleitung an der Südpfalz-Kaserne in Gernersheim mit ihrem „Abrollbehälter Unterkunft“.

Impressum

Herausgeber: Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Abt. 6 – Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart Tel.: (0711) 231 - 4 E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion: Prof. Hermann Schröder (v.i.S.d.P.) Kim Dunklau-Fox

Layout / Gestaltung: Kim Dunklau-Fox

Quellen: Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis: Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.

Mit dem dreisprachigen Poster des RKI werden Reisende an größeren Flughäfen und Bahnhöfen informiert. Quelle: RKI

